

Plädoyer für eine parteiunabhängige Personalvertretung

Die Geschichte

Man schrieb das Jahr 1983. Im Spätherbst sollten wieder Personalvertretungswahlen stattfinden, und die beiden großen politischen Parteien hatten über ihre Gewerkschaftsfraktionen – die ÖVP-nahe FCG und die SPÖ-nahe FSG – ihre Pfründe längst abgesichert.

Hier ist vielleicht ein historischer Exkurs fällig.

Erstens: Personalvertretungswahlen gibt es im staatlichen Bereich überhaupt erst seit Ende der 1960iger Jahre. Zweitens: Bei den Nationalratswahlen 1983 hatten SPÖ und ÖVP – wie bei jeder Wahl seit 1945 – 90% der Wählerstimmen bekommen. Die FPÖ hatte es gerade noch ins Parlament geschafft, die junge ökologische Bewegung (in zwei Lager aufgespalten) nicht. Es herrschte (noch) ungebrochen das Proporzsystem zwischen den Großparteien.

Diese österreichische Spezialität hatte sich als Reaktion auf zwei Diktaturen (Ständestaat der 1930er Jahre und Hitlerregime) etabliert. Sie sollte bei der Besetzung öffentlicher Ämter eine ausgeglichene Machtverteilung sicherstellen und gleichzeitig gegenseitige Kontrolle gewährleisten. Der Grundgedanke war: Niemals wieder darf es zu Bürgerkrieg und Diktatur kommen! Was aus der Geschichte heraus durchaus verständlich ist, hat, nicht zuletzt durch die inzwischen erfolgte Veränderung der Parteienlandschaft, seine Berechtigung längst eingebüßt. Das Ziel des Ausgleiches von Interessen und der gegenseitigen Kontrolle ist dem Streben nach möglichst viel Macht und Einfluss der jeweiligen Parteien gewichen. (Die aktuellen türkis/blauen Umfärbungsaktionen beweisen dies nur allzu gut).

Dies veranlasste bei den Personalvertretungswahlen im besagten Jahr 1983 erstmals engagierte und kritische KollegInnen, die



von **Christine Mössler**

Sinnhaftigkeit einer parteipolitischen LehrerInnenvertretung zu hinterfragen, und sie entschlossen sich zu einer Kandidatur als STELI-UG /Steirische LehrerInnen-Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen im BMHS-Bereich.

Beinahe zeitgleich bildeten sich in fast ganz Österreich weitere unabhängige Initiativen mit dem Ziel, LehrerInnen-Vertretungen von Parteipolitik abzukoppeln.

Auf Bundesebene war mit der ÖLI-UG (Österreichische LehrerInnen-Initiative – Unabhängige GewerkschafterInnen) ebenfalls 1983 die Dachorganisation für die Bundesländergruppierungen entstanden.

Die aktuelle Situation

Als Unabhängige vertreten wir unsere KollegInnen in den Schulen, den Fachausschüssen sowie in den Landesleitungen der GÖD. In den meisten Bundesländern stellen wir die stellvertretenden Vorsitzenden, in Vorarlberg (das Ländle ist anders, das konnte es gerade in letzter Zeit immer wieder beweisen) hat die VLI (Vorarlberger LehrerInnen-Initiative) in der BHS mit fast 80% der Stimmen den Vorsitz in den Gremien und auch in allen anderen Schultypen die Mehrheit.

Auf Bundesebene sind wir in allen relevanten Gremien (Zentralausschuss, Bundesleitung sowie Bundesvorstand der GÖD) durch die ÖLI-UG vertreten.

Unsere wesentlichen Anliegen sind:

- eine parteipolitisch unabhängige Vertretung unserer KollegInnen;
- Demokratisierung des Bildungswesens und Befreiung von Parteipolitik;
- bestmögliche Bedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen wie auch für Schülerinnen und Schüler;

- ▷ ■ die Auseinandersetzung mit wesentlichen Fragen von Bildung und Pädagogik.

Denn Bildung ist, das wissen wir alle, von höchster gesellschaftlicher Relevanz. Bildung entscheidet nicht nur über das Gelingen eines individuellen Lebens, sondern ist darüber hinaus ein zentrales Element für gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung und ganz besonders wichtig für den Erhalt von Frieden.

Warum parteiunabhängig?

„Der parteipolitische Einfluss gehört aus der Schule raus. In allen Ländern, die erfolgreiche Autonomiemodelle haben, hat sich die Parteipolitik zurückgezogen.“ (AHS-DirektorInnensprecher Wilhelm Zillner, Standard, 7.2.2017)

Was Zillner (übrigens ein ÖVP-Mann) hier für sich und seine KollegInnen in den Leitungsfunktionen fordert, gilt umso mehr für die Vertretung der LehrerInnen gegenüber dem Dienstgeber. Die Aufgaben der Personalvertretung sind im Bundespersonalvertretungsgesetz (PVG) klar definiert: Die Personalvertretung hat die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Interessen der Bediensteten zu wahren und zu fördern. Diese Aufgaben, so meinen wir unabhängigen PersonalvertreterInnen, kann sie nur dann konsequent erfüllen, wenn sie in keinem Naheverhältnis zum Dienstgeber/Vorgesetzten steht, ihr Mandat frei von etwaigen (Partei)Zugehörigkeiten wahrnimmt und bei der Vertretung der KollegInnen und dem Setzen von bildungspolitischen Themen auf keinerlei parteipolitische Interessen Rücksicht nehmen muss. Nur so kann eine Personalvertretung letztlich glaubwürdig und sachorientiert agieren und Verbesserungen im Bildungssystem fordern. Nur wenn Interessenskonflikte auszuschließen sind, können bildungspolitische Veränderungen objektiv verfolgt und die Anliegen der Kollegen und Kolleginnen engagiert vorangetrieben werden. Denn es ist unschwer zu erraten, wer bei Interessenskollisionen das Sagen hat, wenn eine Personalvertretung politisch gebunden ist.

Europaweit sind solche Parteibindungen tatsächlich die große Ausnahme. Immer wieder erntet man im Gespräch mit KollegInnen aus anderen europäischen Ländern höchste Verwunderung, wenn klar wird, wie stark das österreichische Schulwesen bis in die Personalvertretungen hinein von der Nähe zu Parteien geprägt ist.

Selbst wenn immer wieder betont wird, dass Parteipolitik keinerlei Einfluss auf unterschiedliche Entscheidungen im Schulwesen habe, kennen wir alle die österreichische Realität der Notwendigkeit einer Parteizugehörigkeit und des „Klinkenputzens“, so man eine Karriere im Schuldienst anstrebt. Wir wissen, dass oft gerade erst in den Schuldienst eintretenden KollegInnen nahegelegt wird, einer Fraktion beizutreten, so sie eine sichere Anstellung wollen. Parteinähe ist auch vorteilhaft bei Versetzungen, von Beförderungen gar nicht zu reden.

Wir alle haben in den letzten Jahren vielfach erlebt, dass Reformen – man denke nur an das Dienstrecht neu, die Veränderungen beim Pensionsrecht, die Zentralmatura, um nur einige zu nennen –, die von allen Vertretungen, egal welcher Couleur, massiv in Frage gestellt, ja bekämpft worden waren, dann doch auf höchster Ebene ein OK bekamen und durch den Nationalrat gingen.

Öffentlich spürbar wurde dieser Widerspruch ganz besonders am 18. Dezember 2013, als die GÖD zu einer Großdemo in Wien aufrief und der damalige Vorsitzende Fritz Neugebauer von der FCG vor 40.000 BeamtInnen unterschiedlichster Sparten versprach, dass das neue Dienstrecht für LehrerInnen (das einen Tag zuvor im Nationalrat beschlossen worden war!), sicher nicht halten würde. Was aus diesem Versprechen geworden ist, wissen wir.

Wir unabhängigen PersonalvertreterInnen sind fest davon überzeugt, dass eine gemeinsame parteiunabhängige Personalvertretung für alle Beteiligten massive Vorteile bringen würde: mehr Selbstbewusstsein und Durchsetzungskraft bei der Vertretung der Anliegen unserer Kolleginnen und Kollegen und bei der Anregung von Verbesserungen im Bildungssystem.

Vielleicht sollten wir uns als Beispiel vor Augen halten, was vor etwas mehr als 100 Jahren ausschlaggebend gewesen war, dass Frauen im Februar 1919 erstmals von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen konnten: Es waren die sozialdemokratischen Frauen unter Adelheid Popp und die christlich-sozialen unter Hildegard Burian, die sich über Parteigrenzen hinweg zusammenschlossen und so den Widerstand der Männer im österreichischen Parlament brachen.

Christine Mössler (HLW Schrödinger Graz, stellvertr. Vorsitzende des Fachausschusses Stmk.)

c.moessler@aon.at, Tel.: 0664 8977236

Info und Beratung mit Gary Fuchsbauer, stellvertretender Vorsitzender des ZA-BMHS:

- Mittwoch, 24.4., 16:00 Uhr, Gasthof Ederer, Weiz, und
- Freitag, 3.5., 16:00 Uhr, Graz (Details siehe später unter oeliug.at/pv-akademie):

Dienst- und besoldungsrechtliche Fragen, Verträge, Stellenbewerbung u. a.



Pädagogisch-Praktische Studien und ihre Integration in den Schulalltag

In diesem Schuljahr gibt es für LehramtsabsolventInnen zum letzten Mal die Möglichkeit eines Unterrichtspraktikums. Ab dem nächsten Schuljahr 2019/20 absolvieren dann alle LehramtsabgängerInnen eine sogenannte Induktionsphase. Diese Induktionsphase gehört nicht mehr zur Ausbildung, sondern ist gleichzeitig das erste Dienstjahr, d. h. die AbsolventInnen unterrichten selbständig (im besten Fall) eine volle Lehrverpflichtung. Diese Neuerungen wurden mit der Einführung des neuen Lehrerdienstrechtes vom 1. September 2015 beschlossen und treten mit kommendem Schuljahr in Kraft. Die Praxis bzw. Erfahrungen, die während des Unterrichtspraktikums gemacht wurden, sollen nun durch die Pädagogisch-Praktischen Studien während des Bachelorstudiums ersetzt werden. Damit kommt diesen Studien eine ganz besondere Bedeutung zu!



von **Tanja Harrich**

Entwickelt wurden die Pädagogisch-Praktischen Studien, kurz PPS genannt, im Rahmen der PädagogInnenbildung Neu. Diese startete am 01. Oktober 2015 im Entwicklungsverbund Süd-Ost (Burgenland, Kärnten, Steiermark) im Bereich der Sekundarstufe Allgemeinbildung mit einem einheitlichen Curriculum, das von acht Institutionen gemeinsam entwickelt wurde. Die Pädagogisch-Praktischen Studien sollen dabei die Fachbereiche Fachwissenschaft, Fachdidaktik und Bildungswissenschaftliche Grundlagen verknüpfen und die Integration von Praxisbezug und Praxiserfahrung der Studierenden in die Ausbildung verdeutlichen. Begleitet werden die Studierenden

während ihrer Praktika von einer Mentorin/einem Mentor. Die Anmeldung zu den jeweiligen Praktika (Wunschschule/MentorIn) erfolgt in einem bestimmten Zeitfenster über ph-online. ▷

Sem.	Praktika	Schultyp	Inhalte / Ziele	Arbeitsumfang AHS/ BMHS
2.	Orientierungspraktikum	NMS		
4./5.	PPS1 Fach A und B Spezialisierung	AHS/ BMHS/ NMS	<ul style="list-style-type: none"> • Erwerb einer beobachtenden, fragenden und forschenden Handlungskompetenz • Grundlagen der Praxisforschung • Auseinandersetzung mit Grundfragen der Unterrichtsbeobachtung, Planung und Durchführung 	<i>11 h Hospitation</i> <i>4 h selbständiger Unterricht</i> <i>8 h Besprechungen</i> <i>Finanzielle Abgeltung der MentorInnen: ca. € 264,50 brutto</i>
5./6.	PPS2 Fach A und B Spezialisierung	AHS/ BMHS/ NMS	<ul style="list-style-type: none"> • Auseinandersetzung mit Diversität und Heterogenität in Bildungsprozessen im Klassenzimmer (Gender, Individualisierung, Differenzierung, ...) • Unterricht in heterogenen Gruppen adaptiv gestalten • Klassenmanagement mit Betonung auf Interaktionsgeschehen und Umgang mit soziokultureller und geschlechtsspezifischer Heterogenität • Praktische Umsetzung der Theorien und Methoden der Praxisforschung 	<i>10 h Hospitation</i> <i>8 h selbständiger Unterricht</i> <i>10 h Besprechungen</i> <i>Finanzielle Abgeltung der MentorInnen: ca. € 322,00 brutto</i>
6./7.	PPS3 Fach A und B Spezialisierung	AHS/ BMHS/ NMS	<ul style="list-style-type: none"> • Reflexion von Unterricht unter besonderer Berücksichtigung der pädagogischen und fachdidaktischen Diagnose, Lernstandserhebung und Leistungsbeurteilung • Klassenmanagement mit Betonung auf lernförderlicher und störungspräventiver Klassenführung, Beobachtung/Anwendung der Strategien der Konfliktlösung 	<i>10 h Hospitation</i> <i>8 h selbständiger Unterricht</i> <i>10 h Besprechungen</i> <i>Finanzielle Abgeltung der MentorInnen: ca. € 322,00 brutto</i>
7.	Forschungspraktikum			

▷ Aufbau der PPS im Bachelorstudium

Im Bachelorstudium umfassen die Pädagogisch-Praktischen Studien (PPS) insgesamt 20 ECTS-Anrechnungspunkte. Der Erwerb von spezifischen berufsbezogenen Kompetenzen und Fertigkeiten erfolgt dabei während acht Praktika, deren Begleitung in der Fachdidaktik und den Bildungswissenschaftlichen Grundlagen verankert ist. Das jeweilige Fach- bzw. Spezialisierungspraktikum (PPS 1 bis 3) ist für die Studierenden verpflichtend mit den entsprechenden Begleitlehrveranstaltungen zu absolvieren – die in den fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Begleitlehrveranstaltungen erworbenen Inhalte sollen dabei in den praktischen Übungen umgesetzt werden. Auch die Schulpraktika (SPA) des Diplomstudiums werden mittlerweile nur noch durch äquivalente Praktika aus dem Bachelorstudium angeboten, ausgenommen die Unterrichtsfächer Bewegung & Sport und Musik.

Die ersten Erfahrungen mit den Praktika haben gezeigt, dass es noch Abstimmungen zwischen dem Zentrum für Pädagogisch-Praktische

Studien und den PraktikumskoordinatorInnen an den jeweiligen Schulen braucht. Die größte Problematik ergibt sich aus meiner Sicht aus terminlichen Unvereinbarkeiten zwischen der Anwesenheitspflicht für Studierende an der Uni und der gleichzeitig geforderten Anwesenheit an den Schulen. Die Studierenden müssen sich an die Stundenpläne ihrer Mentorinnen oder Mentoren anpassen, von den Universitäten kommt hier meist wenig Entgegenkommen. Diese Gegebenheiten machen es uns Mentorinnen und Mentoren nahezu unmöglich, die Studierenden in einen kontinuierlichen Unterrichtsverlauf einer Klasse einzubinden, was aber eine wesentliche Forderung der PädagogInnen-NEU-Ausbildung ist und durch den Entfall des Unterrichtspraktikums von enormer Wichtigkeit wäre! Es wird also entscheidend sein, diese Punkte klar zu regeln, denn nur dann können die Studierenden durch die PPS jene Praxiserfahrung bekommen, die für sie als zukünftige Lehrerinnen und Lehrer unerlässlich ist.

Tanja Harrich
(DA HTL Graz – BULME)

Law and Order statt Pädagogik?

Während es die Jugend auf die Straße zieht, um für die Zukunft von uns allen endlich wirksame Klimastrategien zu erwirken, steht die Politik fast kopfschüttelnd daneben und redet von Schulpflicht und von instrumentalisierten Kindern, die benutzt würden. In aller Ausführlichkeit wird vom Minister abwärts diskutiert, wie so entstandene Fehlstunden zu entschuldigen oder eben nicht zu entschuldigen wären. Kaum zu glauben, dass dieses eigentlich kaum vorhandene Problem im Mittelpunkt steht, anstatt dass wir uns alle gemeinsam und voll hinter diese Bewegung stellen. Demonstrations- und Versammlungsfreiheit? Sicher! Aber doch nicht für SchülerInnen, wo kommen wir denn da hin? Sollen demonstrieren, aber bitte in der Freizeit. Das erinnert an gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bei uns LehrerInnen, die ja auch immer in den Ferien stattfinden hätten sollen.

Auf der anderen Seite fordert ein höchstangiger LehrerInnenvertreter der Mehrheitsfraktion Strafen für Eltern, die ihre Kinder nicht ausreichend beim Lernen unterstützen, etwa durch eine Kürzung der Familienbeihilfe. Das mag vielleicht im gesellschaftlichen Trend liegen, aber dabei ist völlig klar, dass das nur dazu führen würde, dass diese Kinder noch weniger gefördert werden würden. Längst abgeschaffte Aufnahmeprüfungen für die AHS, Eignungstests für achtjährige Kinder – Druck und Zwang allerorten.

Pädagogik und Bildung sind dabei Werte, die in den Hintergrund gedrängt werden. Die sozial und ökonomisch Schwachen werden



von **Karlheinz Rohrer**

weiter an den Rand gedrängt. Diesen soll noch mehr genommen und auch hier von unten nach oben umverteilt werden. Den meisten LehrerInnen ist es sicher klar, dass das Schritte in die völlig falsche Richtung sind. Wir wollen gut gebildete, selbstständig denkende SchülerInnen so auf das Leben vorbereiten, dass sie dann sorgsame und wenn nötig wachsame Erwachsene werden können.

Vielleicht liegt es gerade daran, dass versucht wird, das zu ändern. Vielleicht will Politik genau das verhindern, vielleicht will die Politik, dass wir unsere SchülerInnen hauptsächlich dazu bringen, über Belohnung und Bestrafung zu funktionieren. Damit sie unkritische, pünktliche KonsumentInnen werden. Sie sollen Autoritäten gehorchen und diese nicht hinterfragen, damit sie dann am Arbeitsmarkt reibungslos funktionieren. Spielen wir da nicht mit!

Karlheinz Rohrer ((BAfEP Hartberg, Fachausschuss Stmk.)
karlheinz.rohrer@gmx.at, Tel.: 0699 81389558

Danke!

Wir ersuchen alle Kolleginnen und Kollegen, die am Fortbestand der Steirischen LehrerInnen Zeitung (Stei*Le*Zeit), der parteiunabhängigen, aber nicht unpolitischen LehrerInnenzeitung, Interesse haben, uns auch finanziell zu unterstützen und danken für Überweisungen auf das STELI-UG-Konto bei der BAWAG-PSK, BIC: OPSKATWW, Ktonr. AT45 6000 0000 9204 5066.